



Liebe Leserinnen und Leser,

das Attentat in der Türkei hat uns alle zutiefst getroffen. Meine Gedanken sind bei den Opfern des Anschlags.

Auch die massive sexuelle Gewalt in der Silvesternacht hat mich in den letzten Tagen erschüttert. Diese Taten sind widerwärtig und dürfen sich nicht wiederholen. Die brutalen Übergriffe und die Erkenntnisse, die sich mittlerweile aus den Ermittlungen in Köln ergeben, haben uns in dieser Woche im Bundestag intensiv beschäftigt. Die Regierungskoalition hat sich sehr schnell auf die rechtlichen Konsequenzen verständigt, die jetzt rasch in Gesetze umgesetzt werden müssen. Wir werden gemeinsam mit unserem Koalitionspartner gesetzliche Verschärfungen beschließen, mit denen erreicht werden soll, dass straffällige Ausländer und Migranten leichter ausgewiesen werden können bzw. ihnen die Flüchtlingseigenschaft entzogen werden kann. Dabei hilft auch der in dieser Woche beschlossene Datenaustausch zwischen den Behörden. So können nun unter anderem Fingerabdrücke schneller abgeglichen werden.

Uns allen ist bewusst, dass die derzeitigen Flüchtlingszahlen zu hoch sind. Es ist das gemeinsame Ziel von CDU und CSU, dass die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge spürbar reduziert wird. Die Bundeskanzlerin unternimmt alles, um hier zu einer europäischen Lösung zu kommen. Dies kann nur in gemeinsamer europäischer Solidarität und in enger Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern der Flüchtlingsbewegung funktionieren. Zudem brauchen wir eine zügige Einigung für die Zahlung an die Türkei, um unsere im November getroffene Vereinbarung mit der Türkei zu erfüllen. Für die Umsetzung dieser Ziele brauchen wir ein geschlossenes Auftreten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



KURZ UND BÜNDIG

07. Januar

CDA Landesvorstand,
Braunschweig

08. Januar

Jahresempfang MIT,
Wolfenbüttel

10. Januar

Braunkohlwanderung,
Cremlingen

TERMINE

18. Januar

Seniorenunion, Wolfenbüttel

Einer von uns in Berlin –
Sitzungswochen vom 23. November
bis 4. Dezember 2015

Drittes Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes. Mit dem Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung beraten haben, verbessern wir die Förderleistungen des sogenannten „Meister-BAföG“. Unsere Bildungspolitik vergisst nicht, dass auch und gerade im Handwerk viel für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes geleistet wird. Um es mehr jungen Menschen zu ermöglichen, ihren beruflichen Weg in diesem Wirtschaftszweig erfolgreich fortzuschreiben, haben wir das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz deutlich verbessert. In dem Gesetzesentwurf ist unter anderem der Kreis der Leistungsberechtigten deutlich erweitert worden. Wir wollen Antrag und Bezug der Unterstützung erleichtern und bauen deshalb die damit bisher verbundene Bürokratie ab. Am Wichtigsten: Leistungsberechtigte dürfen sich ab dem 1. August 2016 über eine höhere Förderung freuen.

Mit diesem breiten Paket an Verbesserungen stärken wir das wichtigste Mittel für die Förderung der Aufstiegsfortbildung in Deutschland. Mit der spürbaren Verbesserung der Leistungen, die je in Teilen als Zuschüsse und Darlehen gewährt werden, rückt das sogenannte Meister-BaföG auf Augenhöhe zum BaföG der Studierenden. Wir setzen so in Zeiten eines deutlichen Trends zur Akademisierung der Ausbildung ein wichtiges Zeichen für die berufliche Bildung in Deutschland.

Mehr Klarheit für den Verbraucher bei der Bezeichnung von Lebensmitteln – Das Deutsche Lebensmittelbuch und die Deutsche Lebensmittelbuch-Kommission reformieren. Anlässlich der Eröffnung der Internationalen Grünen Woche stieß der Antrag der Koalitionsfraktionen eine Reform des Deutschen Lebensmittelbuchs an. Da die Verkehrsbezeichnungen und Verarbeitungsverfahren den Ansprüchen und Erwartungen der Verbraucher nicht mehr gerecht werden, sinkt die Akzeptanz für diese in der Bevölkerung seit Jahren stetig. Ein

Gutachten zur Reform empfiehlt die Annäherung von Verbraucher- und Herstellervorstellungen in den Leitsätzen, eine straffere Organisation der Lebensmittelbuch-Kommission und eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit. Mit dem Antrag greifen wir die Reformvorschläge des Gutachtens auf.



Fortsetzung der Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte. Mit der Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Ausbildung kurdischer und irakischer Streitkräfte reagieren wir auf die anhaltend instabile Sicherheitslage im Irak durch militärische Gefechtsaktionen, Terroranschläge und Fluchtbewegungen. Seit Februar 2015 wurden im Rahmen der multinationalen Ausbildungsmission 4.800 Sicherheitskräfte im Raum Erbil ausgebildet. Die Mission hat dazu beigetragen einen weiteren Landgewinn durch den IS, der von den Vereinten Nationen als eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit eingeschätzt wird, zu verhindern. Im Norden konnten



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU



kurdische Peschmerga den IS in die militärische Defensive bringen. Ferner erweitern wir auf Grund der qualitativen und quantitativen Ausweitung der Ausbildungsunterstützung die Personalobergrenze von 100 auf 150 Soldaten. Wir folgen damit der Aufforderung nach militärischer Unterstützung der irakischen Regierung und leisten einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des IS auf verfassungs- und völkerrechtlich konformer Grundlage.



Gesetz zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken (Datenaustauschverbesserungsgesetz). Mit dem Gesetzentwurf, den wir beschlossen, verbessern wir den Austausch der Daten von Asyl- und Schutzsuchenden sowie Personen, die unerlaubt nach Deutschland einreisen oder sich unerlaubt aufhalten, zwischen den beteiligten Stellen. So verhindern wir aufwändige Mehrfacheinfassungen. Die aktuell sehr hohen Flüchtlingszahlen haben gezeigt, dass wir den Datenaustausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen umfassend modernisieren müssen. Neben den bereits heute schon zu speichernden Grundpersonalien werden etwa auch Fingerabdrücke sowie Angaben zu Gesundheit und Bildung in einer zentralen Datenbank erfasst.

Gleichzeitig sieht das Gesetz die Ausstattung der die Registrierung durchführenden Stellen mit einem Fingerabdruck-Schnell-Abgleichssystem vor, um eine Datenabfrage bei den AFIS-Datenbanken zu ermöglichen. Die Registrierung wird durch ein fälschungssicheres Dokument nachgewiesen, welches die Grundlage für den Bezug von Leistungen bildet und von einer zuständigen Stelle ausgestellt wird. Wir erreichen so eine dringend notwendige Verbesserung der Erfassung und des Austausches der Daten von Asylbewerbern, wodurch Mehrarbeit vermieden und Abläufe beschleunigt werden können.

Bevölkerungsstatistiken verbessern – Zivile Registrierungssysteme stärken. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner brachten wir eine Beschlussempfehlung und einen Bericht ein, der die zentrale Rolle der Geburtenregistrierung, nicht zuletzt für die deutsche Entwicklungsarbeit, betont. Geburtenregistrierung ist ein zentrales Instrument zur Sicherstellung wesentlicher Rechte als Staatsbürger von Anbeginn des Lebens an. Jährlich werden weltweit jedoch rund 230 Millionen Neugeborene nicht registriert, mit der Konsequenz, dass ihnen die Teilhabe am staatlichen Leben vielfach nicht möglich ist. Auch für Staaten selbst sind funktionierende Registrierungssysteme wichtig, um auf einer verlässlichen Datenbasis nachhaltige Strategien zur Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorge entwickeln und umsetzen zu können.



Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie über Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse. In erster Lesung behandelten wir ein Gesetz zur Umsetzung der europäischen Tabakprodukttrichtlinie. Die Bestimmungen



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

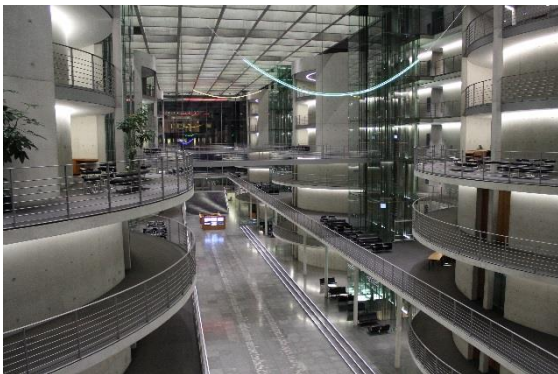
CDU



sollen die gesundheitsgefährdenden Risiken, die mit dem Rauchen einhergehen, verdeutlichen und den Gesundheitsschutz stärken. Unter anderem müssen gesundheitsbezogene Warnhinweise auf Verpackungen von Tabakerzeugnissen deutlich sichtbar sein. Weiterhin wird das Inverkehrbringen von Zigaretten und Tabak zum Selbstdrehen, die aromatische Bestandteile enthalten, mit denen sich der Geruch, Geschmack oder die Rauchintensität verändern lassen, verboten. Das Verbot hat auch das Inverkehrbringen von Filtern, Papieren oder Kapseln zum Gegenstand, soweit diese Tabak oder Nikotin enthalten. Erstmals sind auch Vorschriften für nikotinhaltige E-Zigaretten und mediale Werbeverbote für pflanzliche Tabakprodukte vorgesehen.

Wussten Sie schon...?

..., dass der Namensgeber eines der Hauptgebäude des Deutschen Bundestages Paul Löbe von 1920 fast durchgängig zwölf Jahre lang das Amt des Reichstagspräsidenten inne hatte und erst von Hermann Göring in diesem abgelöst wurde? Nach dem Ende des Nationalsozialismus nahm er für die SPD am Parlamentarischen Rat teil und war am 7. September 1949 der erste Alterspräsident des Deutschen Bundestages.



Daten und Fakten

Arbeitsmarkt auf Rekordniveau. 2015 war ein Erfolgjahr für den Arbeitsmarkt. Im vergangenen Jahr waren 43 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig – so viele wie noch nie zuvor. Die Zahl stieg um 324 000 im Vergleich zum Vorjahr. Auch die Zahl der Arbeitnehmer

wuchs um 1,1 % auf 38,7 Millionen. Zugleich liegt die Anzahl der offenen Stellen auf Rekordhoch. Somit sind insbesondere die Arbeitnehmer Profiteure der robusten Situation auf dem Arbeitsmarkt. Alle wissen: Die Herausforderung der Betreuung von Flüchtlingen lässt auch die arbeitsmarktpolitische Entwicklung nicht kalt. Die ersten Anzeichen sind bei der zunehmenden Nachfrage nach Wach- und Sicherheitspersonal, Fachkräfte für den sozialen Sektor sowie Verwaltungsmitarbeitern zu konstatieren. Alle wissen aber auch: Durch den Zuzug von arbeitslosen Flüchtlingen werden auch die Arbeitslosenzahlen eine Anpassung erfahren müssen. Für 2016 werden demnach zwischen 40.000 und 100.000 mehr Arbeitslose erwartet. (Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit)

Digitalisierung der Arbeitswelt. Bei der Vernetzung von virtuell-digitalen und physischen Welten (Industrie 4.0) überwiegen die Vorteile bei der Folgenabschätzung für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt deutlich. Positive Effekte werden bei dem Konsum der privaten Haushalte festzustellen sein, die durch steigende Bedarfe und erhöhte Arbeitnehmerentgeltzahlungen ausgelöst werden. Bis 2025 werden sich die Gewinne des Verarbeitenden Gewerbes und der Landwirtschaft um 12,5 Mrd. € erhöhen. Die darauffolgenden Jahre könnten weitere Gewinnsteigerungen mit sich bringen, denn der Umbau der Industrie wird dann abgeschlossen sein, jedoch werden die Nachfragewerte konstant bleiben. Trotz zunehmender Wertschöpfung und damit einhergehender Steigerung volkswirtschaftlicher Gewinne und Löhne werden circa 60.000 Personen weniger erwerbstätig sein. Dieses Ergebnis ist dennoch mit Unsicherheiten behaftet und wird keine nachhaltige Wirkung für den Arbeitsmarkt zeitigen. Signifikant ist die Umschichtung von Arbeitsplätzen: 490.000 Arbeitsplätze gehen verloren, während 430.000 neue Arbeitsplätze insbesondere im Dienstleistungssektor entstehen werden. Letztlich wird es einen massenhaften Abbau von Arbeitsplätzen ebenso wenig geben wie einen deutlichen Aufschwung der Jobzahlen. (Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Politisch ist die Digitalisierung des Arbeitsmarktes (Arbeit 4.0) hoch spannend. Als Berichterstatter für gesunde Arbeit/Arbeitsschutz und betriebliche Mitbestimmung meiner Fraktion setze ich mich damit auseinander, wie wir unsere bestehenden Regelungen hierzu anpassen können. Zu klären ist etwa, wie für die Beschäftigten angesichts flexibler Arbeitszeitmodelle Arbeits- und Gesundheitsschutz effizient stattfinden kann (Sensibilisierung bei Home Office oder mobilen Arbeitsplätzen). Daran angepasste Kommunikationsformen sind notwendig, um entsprechende Präventionsgedanken bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu etablieren. Ebenso ist die betriebliche Mitbestimmung neu zu denken, da der klassische Betriebsbegriff angesichts ortsflexiblen Arbeitens nicht mehr ohne weiteres angewendet werden kann.

Besucherguppen

Diese Woche besuchte mich der Gärtner Gesangsverein aus Wolfenbüttel.



Neben der Teilnahme an einer Plenardebatte auf der Besuchertribüne des Deutschen Bundestages, stand ein Besuch der Kuppel des Reichstags auf dem Programm. Die Gruppe sprach zudem mit mir über den Alltag eines Abgeordneten sowie über aktuelle politische Themen. Im Fokus stand dabei die aktuelle Flüchtlingspolitik. Aber auch über Themen aus dem Wahlkreis, wie über neue Windräder in Wolfenbüttel oder die Asse sprachen wir.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU

